

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

Liebe Leserinnen und Leser,

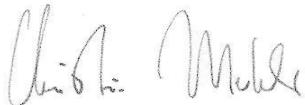


mittendrin in den Sommerferien erreichte der Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2023/24 den Landtag. Seither haben wir innerhalb der Koalition mit CDU und SPD sowie in den Landtagsgremien viele Gespräche geführt, an Änderungsanträgen gearbeitet und diese abgestimmt. Heute hat der Sächsische Landtag den Haushalt verabschiedet. Welche Schwerpunkte wir BÜNDNISGRÜNE im Bildungsetat gesetzt haben und was wir erreichen konnten, lesen Sie/lest ihr in diesem Newsletter.

Parallel zu den Haushaltsverhandlungen haben wir eine Schulgesetznovelle auf den Weg gebracht, die Neuregelungen im Bereich der Inklusion vorsieht. Weiterhin haben wir uns im Ausschuss und im Plenum u. a. mit den Themen Lehrermangel, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Schulsozialarbeit und Zahngesundheit befasst.

Es war die erwartet arbeitsreiche zweite Jahreshälfte, die gerade mit vier Plenartagen zu Ende ging. Ich nehme allerorts eine gewisse Erschöpfung wahr – die Infekt-Welle hat auch um den Landtag und mein privates Umfeld keinen Bogen gemacht und die Krisen dieser Tage tun ihr Übriges. Gerade deshalb erlebe und empfinde ich auch große Erleichterung und Dankbarkeit, dass mit den bevorstehenden Feiertagen Zeit und Raum zum Durchatmen und Krafttanken ansteht.

Ich wünsche Ihnen/euch besinnliche Stunden im Kreise lieber Menschen und einen guten, gesunden Start ins neue Jahr 2023!



Ihre/Eure Christin Melcher

Inhalt:

1. Doppelhaushalt 2023/24: BÜNDNISGRÜNE Schwerpunkte im Bildungsetat
2. Lehrermangel – und kein Ende?!
3. Novelle des Kitagesetzes: Mehr Personal für die Kitas, Entlastung für die Kommunen
4. Schulgesetz-Novelle: Für mehr Inklusion an unseren Schulen
5. Bildung für nachhaltige Entwicklung: Koalitionsanträge im Ausschuss und im Plenum
6. „Schule ist mehr als Unterricht“ – Aktuelle Debatte zur Schulsozialarbeit
7. „Zähneputzen nicht vergessen!“ – Anhörung zum Thema Zahn- und Mundgesundheit
8. Rückblick I: Demokratiekonferenz „Misch dich ein!“
9. Rückblick II: Fachgespräch „Kulturelle Bildung – Gerade jetzt!“

1. Doppelhaushalt 2023/24: BÜNDNISGRÜNE Schwerpunkte im Bildungsetat

Anfang August wurde der Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2023/24 dem Landtag zugeleitet, unmittelbar nach den Sommerferien, am 29. August, folgte eine erste Plenardebatte. Nachdem Anfang

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag **Newsletter Bildung**

November alle Änderungsanträge vorlagen, wurden diese Ende November zunächst in den Fachausschüssen, Anfang Dezember dann im federführenden Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags beraten und abgestimmt. Über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses beriet das Landtagsplenum am 19. und 20. Dezember abschließend.

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen beste Bildung für alle Kinder und Jugendlichen ermöglichen und niemanden zurücklassen. Nicht erst die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, dass wir die individuellen Herausforderungen eines jeden Kindes in den Blick nehmen und Kitas und Schulen stark machen müssen. Ich freue mich deshalb, dass es uns als Koalition gelungen ist, im Vergleich zum Regierungsentwurf bei den Kitas und Schulen eine ordentliche Schippe draufzulegen. Rund 10 Milliarden Euro fließen im Doppelhaushalt 2023/24 in die Bildung – damit investieren wir jeden fünften Euro in die Zukunft unserer Kinder und unseres Freistaates!

Kita-Paket: Mehr Personal für die Kitas, Fortführung der Sprachförderung und Entlastung für die Kommunen

Durch zusätzliche Mittel in Höhe von **83 Millionen Euro** bringen wir rund **1.000 zusätzliche Fachkräfte** ins System. Diese Personalreserve hilft, wenn Erzieher*innen kurzfristig und ungeplant ausfallen, etwa wegen Krankheit. Der Landeszuschuss soll in diesem Zuge ab 01. August 2023 um 218 Euro pro Jahr und Kind erhöht werden. Daneben finanzieren wir weiterhin die Vor- und Nachbereitungszeiten der Kita-Fachkräfte und führen erfolgreiche **Qualitätsmaßnahmen** zur Personalgewinnung und -bindung, wie etwa die Freistellung der Praxisanleitung oder Zuschüsse zur berufsbegleitenden Ausbildung, fort. Die entsprechende Richtlinie KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserung (RL KiTa-QuTVerb) wird verlängert, es stehen **gut 15 Millionen Euro** jährlich zur Verfügung.

Das Thema Sprach-Kitas hat gerade uns BÜNDNISGRÜNE in den vergangenen Wochen und Monaten intensiv beschäftigt. Wir wollen die alltagsintegrierte **Sprachförderung** in die Fläche bringen. Um das erfolgreiche Bundesprogramm in Landesregie zu überführen, haben wir in den Jahren 2023 und 2024 insgesamt **10,5 Millionen Euro** (zzgl. sog. Verpflichtungsermächtigungen) eingeplant. Für die Konzeptionsphase in der ersten Jahreshälfte 2023 stehen **weitere 175.000 Euro** bereit. Ziel ist es, vorhandene Strukturen und Fachkräfte einzubinden und das Programm landesweit wirksam zu machen.

Um die **Kommunen** angesichts der massiv gestiegenen Personal- und Sachkosten für die Kindertagesbetreuung zu entlasten, werden wir den Landeszuschuss ab 01. Januar 2023 (rückwirkend) um 200 Euro pro Jahr und Kind erhöhen. Damit fließen **weitere rund 53,4 Millionen Euro pro Jahr** in die Kita-Finanzierung.

Zum Kita-Paket im Doppelhaushalt 2023/24 haben wir gemeinsam mit den Koalitionspartnern von CDU und SPD einen [Entschließungsantrag](#) vorgelegt, den das Plenum am 19. Dezember beschlossen hat.

Keine Einstellung von Lehrkräften wird an einer fehlenden Stelle scheitern

Der Mangel an ausgebildeten Lehrer*innen bleibt eine große bildungspolitische Herausforderung. Damit keine Einstellung von Lehr- oder Assistenzenkräften an einer fehlenden Stelle scheitert, erweitern wir den **Handlungsspielraum im Haushalt** – durch eine Ausweitung des sogenannten Verfügungsrahmens und eine höhere Flexibilität bei der Stellenbewirtschaftung. Künftig können bis zu 1.060 (statt 700) Vollzeitäquivalente über den Stellenplan hinaus besetzt werden. Zudem wird erlaubt, dass Lehrkräfte bereits in den letzten beiden Jahren (statt nur im letzten Jahr) vor ihrem planmäßigen Ausscheiden außerhalb des Stellenplans geführt werden können, um Neueinstellungen und

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag **Newsletter Bildung**

Stelleneinweisungen im erforderlichen Maße vornehmen zu können. Für die unbefristete Einstellung von Assistenzkräften können 472 (statt 453) nicht besetzte Lehrerstellen genutzt werden, für Schulpsycholog*innen 71 (statt 58).

Mehr Geld für neue und moderne Kitas und Schulen

Gute Bildung braucht gute Bedingungen. Deshalb erhöhen wir als Koalition das Neubewilligungsvolumen für die **Bildungsinfrastruktur** von 210 Millionen Euro auf **300 Millionen Euro**. Damit können unsere Kitas und Schulen modernisiert und neue Bildungseinrichtungen gebaut werden. Von dem Geld sind 123 Millionen Euro als Stadtbudget für Kitas und Schulen in den kreisfreien Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz vorgesehen, weitere 123 Millionen Euro für die Bildungseinrichtungen in den sächsischen Landkreisen. Hinzu kommt wie geplant das Landes-Modernisierungsprogramm für die berufsbildenden Schulen im Umfang von 54,5 Millionen Euro.

Strukturelle Stärkung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist weit mehr als abstraktes Wissen über globale Themen und Zusammenhänge. Es geht um ökologische, soziale und ökonomische Fragestellungen, die unser Handeln und unsere Lebenswirklichkeit ganz unmittelbar betreffen. Damit alle Schüler*innen handlungsorientiertes Wissen und Gestaltungskompetenz erwerben können, muss die BNE-Arbeit vor Ort gestärkt werden. Für den **Aufbau von BNE-Servicestellen**, vorrangig im ländlichen Raum, stellen wir zusätzlich **1,5 Millionen Euro** bereit. Die Landesstiftung Natur und Umwelt (LaNU) fungiert als BNE-Koordinierungsstelle. Die **Klimaschulen** erhalten zusätzlich 25.000 Euro pro Jahr. Der im letzten Doppelhaushalt erfolgreich verankerte Kleinprojektfonds für BNE-Projekte im Umfang von 100.000 Euro jährlich wird fortgeführt.

Weitere relevante Haushaltsposten

Gemäß Koalitionsvertrag sollen die Erfahrungen aus dem Modellprojekt "Eltern-Kind-Zentren" in "KINDER STÄRKEN 2.0" überführt werden. Zusammen mit der Auridis-Stiftung wurde hierzu ein Begleitprogramm "**FAMILIEN STÄRKEN**" konzipiert, das sich auf Kindertageseinrichtungen mit besonderen Bedarfen in den Landkreisen konzentriert. Hierzu sollen für weitere 25 Kindertageseinrichtungen insgesamt 550.000 Euro in 2023 bis 2025 sowie 50.000 Euro für die wissenschaftliche Begleitung bzw. Evaluation zur Verfügung stehen.

Das Fortbildungs- und Supervisionsprogramm „Demokratiekompetenz“ (**Projekt "Netzwerke für Demokratie in Kindertageseinrichtungen"**) der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) wird fortgeführt. Es stehen jährlich 190.000 Euro bereit. Auch die Informations- und Koordinierungsstelle Kindertagespflege in Sachsen (IKS) sowie der Kita-Bildungsserver werden weiterhin finanziert (250.000 Euro bzw. 95.000 Euro jährlich).

Mit der Schulgesetznovelle zur **Inklusion** beenden wir die Pilotphase an den sächsischen Grundschulen, die in den vergangenen Schuljahren auf die Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs in den Förderschwerpunkten Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung vor der Einschulung und in Klassenstufe 1 verzichtet haben. Im Doppelhaushalt 2023/24 haben wir als Koalition finanzielle Vorsorge getroffen, um die ehemaligen Pilotenschulen auch nach dem 31. Juli 2023 weiterhin angemessen zu unterstützen – sei es durch zusätzliche Assistenzkräfte oder zweckgebundene Zuweisungen. So können gemachte Erfahrungen verstetigt und Inklusion im Schulwesen befördert werden. Dazu haben wir einen Haushaltsvermerk und zusätzliche Mittel i. H. v. 100.000 Euro pro Jahr (sowie Verpflichtungsermächtigungen von über 3 Millionen Euro) ausgebracht.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag **Newsletter Bildung**

Schulen, die sich auf den Weg machen, **Gemeinschaftsschule oder Oberschule+** zu werden, sollen auch künftig fachlich begleitet werden. Dazu stehen wie bisher 50.000 Euro jährlich bereit.

Zur Unterstützung der **Arbeit des Landesschülerrates**, insbesondere zur Begleitung des SMK-Prozesses „Bildungsland Sachsen 2030“, haben wir zusätzlich 10.000 Euro für Sachmittel bereitgestellt.

Die **Ombudsstelle Antidiskriminierung**, mit Patrick Schreiber als Ombudsmann, wird fortgeführt und mit jährlich 135.000 Euro finanziert. Weitere Informationen finden Sie/findet ihr hier: <https://www.smk.sachsen.de/beauftragter-gegen-diskriminierung-an-schulen.html>

Zur Sicherstellung einer landesweit einheitlichen **Radfahrausbildung** im Grundschulalter und zur beginnenden Weiterführung in der Sekundarstufe I stellen wir weitere 100.000 Euro pro Jahr bereit (im Summe 501.000 Euro jährlich).

Im Haushalt des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft konnten wir BÜNDNISGRÜNE das **Projekt „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“** (kurz: „**Umweltpfros von morgen**“) verankern. Das mehrfach ausgezeichnete Projekt aus dem Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung bietet jungen Menschen zwischen 14 und 17 Jahren die Möglichkeit, schulbegleitend an einer eigenen Aufgabenstellung in einem nachhaltigen Unternehmen zu arbeiten. Mittel i. H. v. 100.000 Euro jährlich dienen der Finanzierung einer sächsischen Koordinierungsstelle beim Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW). Die Laufzeit des Projektes beträgt zunächst zwei Schuljahre.

Auch mit dem **Haushaltbegleitgesetz** wurden wichtige Beschlüsse für den Bildungsbereich gefasst. So wird die **Möglichkeit, Lehrkräfte zu verbeamteten**, nicht vollständig entfristet, sondern bis 31. Dezember 2030 verlängert. Wenn die Schüler*innen-Zahlen ab 2027/28 langsam sinken, entfällt ein Erfordernis für eine umfangreiche Anwerbung neuer Lehrkräfte. Deshalb haben wir uns für diesen pragmatischen Weg stark gemacht.

Uns BÜNDNISGRÜNEN ist die **Gleichberechtigung zwischen öffentlichen und freien Schulen** ein wichtiges Anliegen. Seit der letzten Änderung des Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft werden die Personalausgaben öffentlicher Schulen so aktuell wie möglich erfasst, nun folgen die Sachausgaben. Bisher haben sich Veränderungen in der Kostenstruktur und -höhe erst mit anderthalbjähriger Verspätung im Sachausgabenanteil für freie Träger abgebildet. Künftig werden die Sachausgaben zum Ende des Schuljahres unter Nutzung der dann aktuell vorliegenden kommunalen und staatlichen Daten ermittelt.

Bestandteil des Haushaltbegleitgesetzes ist auch ein novelliertes **Weiterbildungsgesetz** ([Artikel 9](#)). Aufgrund der Neustrukturierung der Finanzierung und der noch ausstehenden Neufassung der Weiterbildungsförderungsverordnung (WbFöVO) steigen die Ausgaben für die Weiterbildungseinrichtungen auf 9,7 Millionen Euro in 2023 und 13,5 Millionen Euro in 2024.

- [Meine Rede](#) zum Einzelplan 5 (Kultus) im Plenum am 19.12.2022
- [Pressemitteilung](#) „Doppelhaushalt 2023/24 – BÜNDNISGRÜNE Schwerpunkte in der Bildungspolitik“ (19.12.2022)
- [Entschließungsantrag](#) Drs 7/11845 zum Kita-Paket im Doppelhaushalt 2023/24
- [Pressemitteilung](#) „Doppelhaushalt 2023/24 – BÜNDNISGRÜNE legen Fokus auf gute Kitas und Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (25.11.2022)
- [Pressemitteilung](#) meines Kollegen Volkmar Zschocke „Doppelhaushalt 2023/24: Stärkung der Kreislaufwirtschaft und mehr regionale Lebensmittel in Schulen und Kitas“ (24.11.2022)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

2. Lehrermangel – und kein Ende?!

Seit dem Herbst erreichten uns viele Briefe und E-Mails zum Thema Lehrermangel, mehrheitlich im Rahmen einer Aktion von Kreiselternräten mit dem Ziel, die benötigten Haushaltssmittel für die Lehramtsausbildung und das Bildungssystem insgesamt im kommenden Doppelhaushalt 2023/24 bereitzustellen. Wir teilen die darin zum Ausdruck gebrachte Sorge: Selten zuvor stand das Bildungssystem so unter Druck wie derzeit. Die Personalnot ist groß. Es fällt in Größenordnungen Unterricht aus und es gibt keine Reserven, wenn Beschäftigte ausfallen. Die Unzufriedenheit und die Wut der Lehrkräfte, Beschäftigten, Eltern und Schüler*innen ist verständlich. Im Oktober zeigte zuletzt eine Arbeitszeitstudie der GEW, wie groß die Belastung ist.

Gleichzeitig verwehren wir uns gegen den Eindruck, „die Politik“ hätte sich mit dem Mangel abgefunden. Wir wollen gute Bildung, wir wollen gute Schulen! Mit dem Haushalt haben wir den Handlungsspielraum erweitert, damit keine Einstellung einer Lehr- oder Assistenzkraft an einer fehlenden Stelle scheitert. Die zweite – und weit größere – Herausforderung ist und bleibt es, die vorhandenen Stellen auch adäquat zu besetzen. Zum Schuljahresbeginn 2022/23 konnten von 1.500 ausgeschriebenen Stellen nur zwei Drittel besetzt werden. Gerade an Ober- und Förderschulen, im ländlichen Raum und in den MINT-Fächern gibt es zu wenig grundständig ausgebildete Lehrkräfte. Dieses Problem besteht längst bundesweit.

Wir haben als Koalition bereits viele Maßnahmen ergriffen, um den Lehrermangel kurzfristig zu lindern und mittel- und langfristig zu beheben. Hier sei erneut beispielhaft auf den Antrag „Grundständiges Lehramtsstudium zukunftsgerecht weiterentwickeln“ ([Drs 7/4485](#)) und die zugehörige [Stellungnahme der Staatsregierung](#) verwiesen. Die Zahl der Studienplätze im Lehramt wurde auf inzwischen 2.700 erhöht, vor zehn Jahren waren es noch 1.700 Studienanfänger*innen. Schlossen zuletzt rund 1.400 Studierende jährlich ein Lehramtsstudium ab, rechnen wir ab dem kommenden Jahr mit etwa 1.700 bis 1.800 Absolvent*innen. In Sachsen studieren inzwischen 18 Prozent eines Abiturjahrgangs Lehramt, im Bundesschnitt sind es 10 Prozent. Daneben haben wir Maßnahmen ergriffen, die den Lehrerberuf attraktiver machen: Die Bezahlung der Lehrkräfte und Referendar*innen wurde deutlich verbessert. Es gibt das Anschlussreferendariat und den Anwärtersonderzuschlag, Ausbildungsstätten im ländlichen Raum und das Programm „Perspektive Land“. Es werden mehrere Modellstudiengänge in der Lehramtsausbildung eingerichtet (darunter ein Konzept zur Einführung eines Modells zur Lehramtsausbildung außerhalb der Ballungszentren). Wir haben die Schulassistenz im Schulgesetz verankert und die diesbezüglichen Stellen ausgebaut. Wir haben das Gesundheitsmanagement in Schulen gestärkt, um Lehrkräfte – gesund – bis zum Renteneintritt im Schuldienst zu halten. Nicht zuletzt haben wir durch die Verbeamtung einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Bundesländern kompensiert. Der Sächsische Rechnungshof hat jüngst bestätigt, dass es dadurch gelingt, die Abwanderung von Lehrkräften zu bremsen und deren Anwerbung zu erleichtern.

Uns ist bewusst, dass es nicht die *eine* Lösung zur Behebung des Lehrermangels gibt. Wir arbeiten jedoch weiterhin intensiv an wirksamen und spürbaren Entlastungen. Dazu gehören aus unserer Sicht:

- Ausbau multiprofessioneller Teams
- Erhöhung der Studienerfolgsquote im Lehramt
- Beschleunigung der Anerkennungsverfahren für Pädagog*innen aus dem Ausland
- Kritische Evaluierung und Weiterentwicklung des „lenkenden Einstellungsverfahrens“
- Lehrkräftebildungsgesetz
- Verlängerung der Tilgungsfrist in der Verfassung

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

- [Pressemitteilung](#) „Studie zur Arbeitszeit von Lehrkräften: Es braucht mehr Entlastung durch Assistenzkräfte, um Aufgaben besser zu verteilen“ (05.10.2022)
- [Mein Redebeitrag](#) „Wir wollen gute Kitas, wir wollen gute Schulen“ in der Aktuellen Debatte im Plenum am 22.09.2022
- [Pressemitteilung](#) „Bildungsdemo: Wir wollen Bildungsqualität statt Bildungsnotstand“ (21.09.2022)
- [Meine Rede](#) zum Antrag Drs 7/10875 „Lehrkräftegewinnung und Eindämmung des Unterrichtsausfalls stehen ganz oben auf der bildungspolitischen Agenda“ im Plenum am 21.09.2022
- [Pressemitteilung](#) „Schulstart 2022/23: Es braucht eine offene Diskussion, wie wir die Schulfamilie stärken können“ (25.08.2022)

3. Novelle des Kitagesetzes: Mehr Personal für die Kitas, Entlastung für die Kommunen

Wir konnten gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern im Doppelhaushalt 2023/24 ein umfangreiches Kita-Paket auf den Weg bringen. Grundlage dafür, dass die Mittel wie geplant in eine weitere Qualitätsverbesserung und zur Entlastung der Kommunen fließen können, ist eine Novellierung des Sächsischen Kitagesetzes. Die Gespräche dazu haben koalitionsintern bereits begonnen. Im Sommer 2023 wollen wir ein neues Kita-Gesetz beschließen.

Kernstück der Novellierung wird die gesetzliche Verankerung des erhöhten Landeszuschusses und der vereinbarten Personalreserve sein. Außerdem arbeiten wir an einem aktualisierten Bildungsauftrag, mehr Verbindlichkeit des Bildungsplans, einem zeitgemäßen Inklusionsbegriff sowie einer nachhaltigen und umfassenden Qualitätsentwicklung der Kindertagesbetreuung. Ziel ist auch eine Aktualisierung entsprechend der Bestimmungen des SGB und damit eine Gleichstellung der Kindertagespflege.

- [Meine Rede](#) zum Antrag Drs 7/9746 „Wir setzen uns für eine faire Lastenverteilung ein“ im Plenum am 21.09.2022

4. Schulgesetz-Novelle: Für mehr Inklusion an unseren Schulen

Bereits im letzten Newsletter habe ich über den Entwurf zum „Fünften Gesetz zur Änderung des Sächsischen Schulgesetzes“ ([Drs 7/10338](#)) informiert. Dazu fand am 09. September eine Anhörung im Ausschuss für Schule und Bildung statt (Anhörungsprotokoll [HIER](#)). Am 25. November hat der Fachausschuss dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes unter Berücksichtigung eines Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen empfohlen, am 15. Dezember folgte das Plenum dieser Beschlussempfehlung.

Mit der Schulgesetz-Novelle beenden wir die Pilotphase an den sächsischen Grundschulen, die in den vergangenen Schuljahren auf die Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs in den Förderschwerpunkten Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung vor der Einschulung und in Klassenstufe 1 verzichtet haben. Diese Entscheidung ist uns BÜNDNISGRÜNEN nicht leicht gefallen. Doch das Feedback der Schulleiter*innen war eindeutig: Eine frühzeitige Diagnostik ist zentral, um sonderpädagogische Unterstützung für die Kinder anbieten zu können, die darauf angewiesen sind. Im Doppelhaushalt 2023/24 haben wir als Koalition finanzielle Vorsorge getroffen, um die ehemaligen Pilotenschulen auch nach dem 31. Juli 2023 weiterhin angemessen zu unterstützen – sei es durch zusätzliche Assistenzkräfte oder zweckgebundene Zuweisungen. Auch behalten wir im Gesetz die Verpflichtung bei, den sonderpädagogischen Förderbedarf regelmäßig zu überprüfen – im Sinne einer Lernverlaufs-, nicht im Sinne einer Feststellungsdiagnostik.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag **Newsletter Bildung**

Wir öffnen mit der Gesetzesnovelle weitere Schularten für den lernziendifferenten Unterricht. Künftig sollen auch an Berufs- und Berufsfachschulen Schüler*innen lernziendifferent unterrichtet werden. Damit sichern wir die Anschlussfähigkeit inklusiver Schulung im berufsbildenden Bereich.

Ein besonderes BÜNDNISGRÜNES Anliegen war die Absicherung der inklusiven Schulung, wo sie gewünscht ist. Das Schulgesetz sieht künftig vor, dass die Schulaufsicht den Ort der inklusiven Schulung festlegen kann, wenn es innerhalb eines Kooperationsverbunds keine Einigung gibt. Dies muss mit Schulleitung und Schulträger abgestimmt sein, erfolgt also nicht willkürlich oder per Zwang. Die Regelung soll verhindern, dass ein Kind von einer Schule an die andere verwiesen und letztlich nicht beschult wird. Diesbezügliche Fälle waren uns aus Dresden und dem Erzgebirge bekannt geworden.

Der Gesetzentwurf ermöglicht ferner die Einrichtung eines neuen Bildungsgangs zur „Erlangung der Berufsreife“ an Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen. So sollen mehr Schüler*innen ein dem Hauptschulabschluss gleichgestellten Abschluss erwerben können.

Es gab einige Punkte, an denen wir uns innerhalb der Koalition nicht einigen konnten. So sehen wir BÜNDNISGRÜNE unverändert *alle Schulen* – und *alle Schularten* – in der Verantwortung, Kinder und Jugendliche inklusiv, das heißt auch lernziendifferent, zu beschulen. Wir sehen unverändert die Aufgabe, mehr Schüler*innen zu einem „echten“ Abschluss zu führen. Auch die Entwicklungsziele eines Kooperationsverbundes hätten wir gerne gesetzlich – und damit verbindlich – geregelt, ebenso wie die vorgesehene personelle und finanzielle Unterstützung für Schulen, die sich in besonderem Maße der Aufgabe der Inklusion stellen.

Zu verschiedenen untergesetzlichen Regelungen, die Inklusion voranbringen, haben wir einen [Entschließungsantrag](#) zum Gesetzentwurf vorgelegt. Darin geht es u.a. um die Lehramtsausbildung, den Erwerb der heilpädagogischen Zusatzausbildung für Kita-Fachkräfte, inklusive Schulbauten oder die Schülerbeförderung.

- [Meine Rede](#) zu Drs 7/11458 „Wir wollen, dass Kinder mit und ohne Behinderung miteinander leben und lernen können“ im Plenum am 15.12.2022
- [Pressemitteilung](#) „Schulgesetz-Novelle: Weiterer Schritt hin zu einem inklusiven Schulsystem“ (15.12.2022)
- [Entschließungsantrag](#) der Fraktionen CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD zu Drs 7/11458 (Drs 7/11555)
- [Beschlussempfehlung und Bericht](#) des Ausschusses für Schule und Bildung (Drs 7/11458)
- [Pressemitteilung](#) „Anhörung Schulgesetzänderung: Für mehr Inklusion an unseren Schulen“ (09.09.2022)

5. Bildung für nachhaltige Entwicklung: Koalitionsanträge im Ausschuss und im Plenum

Zum Antrag „Umwelt- und Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Verbraucherbewusstsein in der schulischen Bildung im Freistaat Sachsen stärken“ ([Drs 7/10339](#)) fand am 09. September eine Anhörung im Ausschuss für Schule und Bildung statt (Anhörungsprotokoll [HIER](#)). Im Ergebnis der Anhörung haben wir als Koalition einen Änderungsantrag formuliert, der die Staatsregierung beauftragt, „die Umsetzung der Sächsischen Landesstrategie BNE weiter voranzubringen, dabei insbesondere ein BNE-Servicestellen-Netzwerk unter Koordinierung der Landesstiftung Natur und Umwelt (LaNU) sowie ein BNE-Lotsen-Programm zu implementieren“. Parallel haben wir die dafür notwendigen Mittel im Doppelhaushalt 2023/24 eingestellt. Der Änderungsantrag wurde, wie auch der so geänderte Ursprungsantrag, am 25. November im Ausschuss für Schule und Bildung beschlossen.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag **Newsletter Bildung**

Ein zweiter Antrag der Koalitionsfraktionen aus dem Themenbereich BNE, „Land-, Forst-, Ernährungswirtschaft und Gartenbau in der schulischen Bildung im Freistaat Sachsen authentisch vermitteln“ ([Drs 7/10404](#)), stand am 22. September auf der Tagesordnung einer Landtagssitzung und wurde beschlossen. Erste Antworten und Zahlen zum Berichtsteil des Antrags übersandte die Staatsregierung in ihrer [Stellungnahme](#), ein weiterer Zwischenbericht soll im 2. Quartal 2024 übermittelt werden.

- [Pressemitteilung](#) „Bildung für nachhaltige Entwicklung: Gewachsene Strukturen festigen und ausbauen“ (22.09.2022)
- [Meine Rede](#) zum Antrag Drs 7/10404 „Mehr Praxis für eine lebensnahe Schule“ im Plenum am 22.09.2022
- [Pressemitteilung](#) „Bildung für nachhaltige Entwicklung: Wissen zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind kein ‚Nice-to-have‘“ (09.09.2022)

Weitere Informationen und Dokumente zum Fortgang offener Anträge:

- [Pressemitteilung](#) meiner Kollegin Kathleen Kuhfuß „Freiwilligendienste – BÜNDNISGRÜNE: Mit einem Gesamtkonzept zu mehr Attraktivität“ (14.10.2022)
- [Pressemitteilung](#) meiner Kollegin Lucie Hammecke „Anhörung Europabildung in Sachsen: Wichtige Säule für ein lebendiges Europa“ (07.09.2022)
- [Pressemitteilung](#) meiner Kollegin Kathleen Kuhfuß „Anhörung Gesamtkonzept Jugendfreiwilligendienste: Bedingungen verbessern, junge Menschen für soziale Berufe begeistern“ (05.09.2022)

6. „Schule ist mehr als Unterricht“ – Aktuelle Debatte zur Schulsozialarbeit

Am 10. November gab es auf Antrag der SPD eine Aktuelle Debatte im Plenum mit dem Titel „Schule ist mehr als Unterricht. Sechs Jahre Landesprogramm Schulsozialarbeit: ein Erfolgsmodell für Sachsen“. Für uns BÜNDNISGRÜNE ist klar: Schule ist nicht nur Lern-, sondern Lebensort. Sie muss allen Kindern und Jugendlichen individuell gerecht werden und sie als soziale Personen, als Persönlichkeiten wahrnehmen. Multiprofessionelle Teams an Schulen ermöglichen verschiedene Perspektiven auf junge Menschen – und entlasten gleichzeitig die Lehrer*innen. Es ist deshalb richtig, dass wir im Doppelhaushalt 6,7 Millionen Euro zusätzlich in das Landesprogramm Schulsozialarbeit investieren, um steigende Personal- und Sachkosten abzufangen.

- [Pressemitteilung](#) „Schulsozialarbeit: Schule als Lern- und Lebensort verstehen“ (10.11.2022)
- [Mein Redebeitrag](#) „Teamplay in multiprofessionellen Teams zum Wohle des Kindes“ in der Aktuellen Debatte im Plenum am 10.11.2022
- [Redebeitrag](#) meiner Kollegin Kathleen Kuhfuß „Sozialarbeit ist eine Chance für die Weiterentwicklung des Systems Schule“ in der Aktuellen Debatte im Plenum am 10.11.2022

7. „Zähneputzen nicht vergessen!“ – Anhörung zum Thema Zahn- und Mundgesundheit

Am 14. Oktober befasste sich der Ausschuss für Schule und Bildung in einer Anhörung mit einem Antrag der Koalitionsfraktionen zum Thema „Förderung der Zahn- und Mundgesundheit im Kindesalter in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege als Beitrag zur Bildungs- und Befähigungsgerechtigkeit“ ([Drs 7/10340](#)) (Anhörungsprotokoll [HIER](#)). Die Sachverständigen machten eindrücklich klar, welch wichtigen Beitrag gesunde Zähne für ein gesundes Aufwachsen und für die Bildungsgerechtigkeit leisten. Frühkindliche Karies ist nicht nur ein gesundheitliches Problem, sondern hat eine soziale Dimension. Kinder, die in schwierigen sozialen Lagen oder in bildungsfernen

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag **Newsletter Bildung**

Haushalten aufwachsen, leiden überdurchschnittlich häufig unter vermeidbaren Zahnerkrankungen. Tägliche Zahnpflege in den Einrichtungen ist damit ein Weg, den sozialkompensatorischen Auftrag von Kitas zu erfüllen. Die Frage, wie wir der somatischen Bildung, also dem Wohlbefinden der Kinder, insbesondere durch die Förderung der Mund- und Zahngesundheit, mehr Gewicht geben können, werden wir im Zuge der Kitagesetz-Novelle beantworten müssen.

- [Pressemitteilung](#) „Gesunde Zähne sind eine wichtige Grundlage für Bildungsgerechtigkeit“ (14.10.2022)

8. Rückblick I: Demokratiekonferenz „Misch dich ein!“

Am 01. Oktober fand in Chemnitz die Demokratiekonferenz „Misch dich ein!“ der BÜNDNISGRÜNEN Landtagsfraktion statt. Der Workshop „Nicht neutral!“ ging der Frage nach, wie Schulen auf ihrem Weg zu einer Demokratie vermittelnden und demokratischen Institution gestärkt werden können. Als Referent*innen waren dabei: Stefan Breuer, Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Bildung/Didaktik der Sozialkunde an der Katholischen Universität Eichstätt, vormals Projektmitarbeiter „Starke Lehrer, starke Schüler“, Susann Peschel, Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen und Regionalkoordinatorin „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ Chemnitz und Schulleiterin Anne Steinert. Quintessenz der Diskussion der rund 25 Beteiligten am Workshop: Politische Bildung kann und darf kein Unterrichtsfach unter vielen sein, sondern muss Unterrichts- und Schulprinzip werden.

Einen Rückblick auf die gesamte Demokratiekonferenz finden Sie/findest ihr hier: <https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/themen/demokratie/rueckblick-demokratiekonferenz-2022/>

9. Rückblick II: Fachgespräch „Kulturelle Bildung – Gerade jetzt!“

Am 12. September lud die BÜNDNISGRÜNE Fraktion zum Fachgespräch „Kulturelle Bildung – Gerade jetzt!“ in den Sächsischen Landtag. Im Austausch mit Vertreter*innen von Kulturverbänden, -verwaltung und -einrichtungen wurden Berichte, Anregungen und Forderungen gesammelt und gebündelt. Dabei kamen die Perspektiven der Kinder- und Jugendpolitik, der Bildungspolitik und der Kulturpolitik zum Tragen. Einen Kurzbericht finden Sie/findest ihr auf der [Homepage der Fraktion](#), eine ausführliche Dokumentation wird Anfang Januar vorliegen.

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Christin Melcher
Bildungspolitische Sprecherin
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Telefon: 0351 / 493 48 03
Telefax: 0351 / 493 48 21
[christin.melcher\(at\)slt.sachsen.de](mailto:christin.melcher(at)slt.sachsen.de)
www.christinmelcher.de

V.i.S.d.P.: Christin Melcher

Nancy Biermann
Parlamentarische Beraterin für Bildung
Telefon: 0351 / 493 48 31
Telefax: 0351 / 493 48 09
[nancy.biermann\(at\)slt.sachsen.de](mailto:nancy.biermann(at)slt.sachsen.de)

Abonnement und Abbestellung des Newsletters
unter:
[nancy.biermann\(at\)slt.sachsen.de](mailto:nancy.biermann(at)slt.sachsen.de)